



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 22.1.2024
C(2024) 487 final

Frau Hadja Lahbib
Ministerin der Auswärtigen
Angelegenheiten,
der Europäischen Angelegenheiten und
des Außenhandels und der Föderalen
Kulturellen Institutionen
Rue des Petits Carmes 15

BE - 1000 Brüssel

Betreff: Notifizierung 2023/603/BE

Entwurf eines Dekrets über den Tierschutz

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 ⁽¹⁾ haben die belgischen Behörden der Kommission am 23. Oktober 2023 einen Entwurf „**Entwurf eines Dekrets über den Tierschutz**“ unter dem Aktenzeichen 2023/603/BE notifiziert (im Folgenden der „notifizierte Entwurf“).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge zielt der notifizierte Entwurf insbesondere darauf ab:

- Gewährleistung eines kohärenten und umfassenden Regelungsrahmens in Flandern für alle Segmente der flämischen Tierschutzpolitik, von Nutztieren bis zu Haustieren, Versuchstieren, Zootieren und exotischen Tieren;
- Festlegung verhältnismäßiger Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes des Wohlergehens der betroffenen Tiere aufgrund ihrer Fähigkeit, zu leiden und zu fühlen;
- Ersatz und Ergänzung des (Rahmen-)Bundesgesetzes von 1986.

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Kommentare abzugeben.

Die Tierhaltung

Artikel 8 Absatz 1 des notifizierten Entwurfs sieht vor, dass das Verbot der Haltung von Tieren, die nicht in der von der flämischen Regierung erstellten Liste aufgeführt sind, „*die Vorschriften über den Schutz gefährdeter Arten und die Rechtsvorschriften über invasive exotische Arten*“ unberührt lässt. Mit Absatz 2 desselben Artikels wird eine Ausnahmeregelung für das Verbot eingeführt, die Tiere zu halten, die nicht zu den Spezies oder Kategorien gehören, die auf einer von der flämischen Regierung für eine erschöpfende Liste der Akteure erstellten Liste aufgeführt sind.

Ebenso sieht Artikel 9 Absatz 1 vor, dass es verboten ist, Tiere in freier Wildbahn zu halten, „*Unter Beibehaltung der Anwendung der in Artikel 6 Absatz 1 III und V des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die Reform der Organe genannten Vorschriften über den Naturschutz und die Landwirtschaft*“, er legt auch in Absatz 2 des genannten Artikels eine Ausnahmeregelung für das Verbot fest, Tiere zu halten, die in freier Wildbahn gefangen werden, für eine erschöpfende Liste von Gesetzen und Betrieben auf dem Gebiet des Tierschutzes.

Die Kommission stellt fest, dass die Liste der Akteure, die von den Ausnahmen profitieren können, erschöpfend ist. Darüber hinaus scheinen die Listen keine anderen Einrichtungen als Zoos zu enthalten, deren Ziel es ist, Tiere zum Zwecke der Erhaltung und Wiedereinführung in ihre natürlichen Lebensräume zu halten. Die Richtlinien der EU über Vögel² und Lebensräume³ sind in den Artikeln 8 und 9 des notifizierten Entwurfs aufgeführt.

Die Kommission stellt fest, dass im Rahmen dieser EU-Vorschriften, während die Entnahme aus der Wildnis und die Haltung von Arten, die im Rahmen der Richtlinie über Vögel und Lebensräume geschützt werden, verboten sind, sehen beide Rechtsvorschriften Ausnahmen zum Zwecke der Erhaltung vor (Artikel 16 Buchstaben a und d der Richtlinie über Lebensräume, Artikel 9 Buchstabe a vierter Gedankenstrich und Buchstabe b der Richtlinie über Vögel). Darüber hinaus lautet Artikel 22 Buchstabe a der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie: „*Die Mitgliedstaaten prüfen die Zweckdienlichkeit einer Wiederansiedlung von in ihrem Hoheitsgebiet heimischen Arten des Anhangs IV, wenn diese Maßnahme zu deren Erhaltung beitragen könnte, vorausgesetzt, eine Untersuchung hat unter Berücksichtigung unter anderem der Erfahrungen der anderen Mitgliedstaaten oder anderer Betroffener ergeben, daß eine solche Wiederansiedlung wirksam zur Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der betreffenden Arten beiträgt, und die Wiederansiedlung erfolgt erst nach entsprechender Konsultierung der betroffenen Bevölkerungskreise*“;“. Die Kommission erinnert die belgischen Behörden daran, dass das Ziel der Erhaltung der Arten sowohl im Sinne der Richtlinie über Vögel als auch der Richtlinie über Lebensräume von entscheidender Bedeutung ist, und weist ferner darauf hin, dass in der

² Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 4, Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a Nummer 4 und Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b.

³ Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7, Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe d, S. 9, Artikel 22 Buchstabe a.

Praxis unter bestimmten Umständen eine Ex-situ-Zucht in speziellen, anderen als Zoos Einrichtungen erforderlich war (z. B. europäischer Hamster, Pardelluchs, Wisent, verschiedene Vogelarten), gefolgt von einer Wiedereinführung. Daher würde ein Ausschluss solcher Einrichtungen dem Geist der Richtlinien zuwiderlaufen.

Die belgischen Behörden werden daher aufgefordert, Artikel 8 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 2 zu erläutern, um wissenschaftlich verwaltete, andere als Zoos Zuchtanlagen für die Zucht, Erhaltung und Wiedereinführung anderer geschützter Arten in den Anwendungsbereich der Ausnahmeregelung für die Haltung von Tieren aufzunehmen.

Betrieb der Einrichtungen

Artikel 17 Absatz 1 des notifizierten Entwurfs gibt an, dass *„Der Betrieb von Hundezuchtzentren, Katzenzuchtzentren, Tierheimen, Tierpensionen, Heimtierbetrieben und Zoos bedarf der vorherigen Genehmigung durch die flämische Regierung.“*

Die Kommission stellt fest, dass die Bedingungen für die Zulassung der in Artikel 17 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs genannten Einrichtungen mit den Bedingungen für die Erteilung einer Genehmigung nach Artikel 4 Absatz 1 der Zoo-Richtlinie vergleichbar sind⁴, was von den Mitgliedstaaten erfordert, Vorschriften zu erlassen, *„für die Betriebserlaubnis und Überwachung bereits bestehender oder neuer Zoos, um sicherzustellen, daß die Anforderungen des Artikels 3 erfüllt werden“*

Die Kommission stellt fest, dass die in Artikel 17 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs enthaltenen Tierschutzbestimmungen eine der Bedingungen von Artikel 3 der Zoo-Richtlinie betreffen, nämlich die Verpflichtung, *„ihre Tiere unter Bedingungen, mit denen den biologischen und den Erhaltungsbedürfnissen der jeweiligen Art Rechnung getragen werden soll“* zu halten. Zoos müssen jedoch vier zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen ergreifen, um eine Genehmigung zu erhalten. Artikel 3 der Zoo-Richtlinie enthält zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen, die die Genehmigungs- und Kontrollbehörden in ihrer Umsetzung überprüfen müssen, wie z. B. Bildung und Sensibilisierung, Führung aktueller Aufzeichnungen, Verhinderung der Flucht invasiver nichteinheimischer Spezies, Schulungen zu Erhaltungsfragen, Forschung, Informationsaustausch über Fragen zur biologischen Vielfalt oder gegebenenfalls Zucht in Gefangenschaft und Wiedereinführung. Darüber hinaus erinnert die Kommission die belgischen Behörden daran, dass Artikel 4 Absatz 1 der Zoo-Richtlinie die Mitgliedstaaten verpflichtet, Vorschriften *„für die Betriebserlaubnis und Überwachung bereits bestehender oder neuer Zoos, um sicherzustellen, daß die Anforderungen des Artikels 3 erfüllt werden.“* zu erlassen. Darüber hinaus wird in Artikel 4 Absätze 3 und 4 Folgendes festgelegt: *„Jede Betriebserlaubnis muß Bedingungen enthalten, mit denen die Einhaltung der Anforderungen gemäß Artikel 3 sichergestellt wird. Die Einhaltung der Bedingungen wird u. a. durch regelmäßige Inspektionen überwacht, und es werden geeignete Maßnahmen ergriffen, um die Einhaltung sicherzustellen. Vor der Erteilung, Verweigerung, Verlängerung der Geltungsdauer oder einer wesentlichen Änderung einer Betriebserlaubnis wird durch die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten geprüft, ob die Bedingungen für die Betriebserlaubnis oder die vorgesehenen Bedingungen für die Betriebserlaubnis erfüllt sind.“*

⁴ Richtlinie 1999/22/EG des Rates vom 29. März 1999 über die Haltung von Wildtieren in Zoos, ABl. L 94 vom 9.4.1999, S. 1-2, Artikel 3-4.

Die Kommission stellt fest, dass es im notifizierten Entwurf unklar ist, ob die in Artikel 17 des notifizierten Entwurfs genannte Genehmigung die gleiche ist wie eine Zoogenehmigung. In diesem Fall müssten alle Bedingungen des Artikels 3 der Zoo-Richtlinie erfüllt sein, einschließlich der Benennung einer zuständigen Behörde, die für die Einhaltung der zusätzlichen Erhaltungsanforderungen gemäß Artikel 3 der Zoo-Richtlinie (außer dem Tierschutz) zuständig wäre.

Die Kommission fordert die belgischen Behörden auf, Artikel 17 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs an Artikel 3 der Zoo-Richtlinie anzugleichen, zu erläutern, welche Behörden für die Überprüfung der Einhaltung aller einschlägigen Erhaltungsanforderungen zuständig sind, und die Einhaltung dieser Bedingungen durch regelmäßige Inspektionen oder andere geeignete Maßnahmen zu überwachen, um festzustellen, ob die Genehmigung erteilt werden sollte⁵.

Befreiung von Walen

Artikel 21 des notifizierten Entwurfs sieht ein allgemeines Verbot der Haltung von Walen in Gefangenschaft vor, während die Absätze 1 und 2 dieses Artikels die anwendbaren Ausnahmen vorsehen, nämlich:

„Abweichend von Unterabsatz 1 können Wale in Gefangenschaft gehalten werden:

1° vorübergehend durch spezialisierte Unterbringung für verwundete und kranke Wale in freier Wildbahn zum Zwecke ihrer Rehabilitation und Freisetzung in die Natur;

2° durch den derzeitigen Betreiber des einzigen bestehenden Delphinariums, sofern die Tiere an dem Ort gehalten werden, an dem sich das Delphinarium zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Artikels befindet. Sie dürfen ihre Tätigkeit am bestehenden Standort nur fortsetzen, wenn dies den zusätzlichen Bedingungen entspricht, die die flämischen Regierung spätestens am 1. Juli 2024 festlegt. Eine Umsiedlung in Flandern ist nicht gestattet. Es gibt auch ein Zucht- und ein Einfuhrverbot, es sei denn, die Anzahl der Personen wurde auf sechs reduziert.

Die in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannte Ausnahmeregelung gilt, bis die flämische Regierung auf Anraten des Flämischen Rates für Tierschutz feststellt, dass für die betreffenden Tiere eine alternative Unterbringung möglich ist, die eine erhebliche Verbesserung des Tierschutzes gewährleistet. Diese Stellungnahme folgt einer Bewertung der 10-Jahres-Ausnahmeregelung. Die erste Bewertung findet am Ende des Zehnjahreszeitraums ab dem 1. Januar 2027 statt.“

Die Kommission stellt fest, dass die Ausnahmeregelung in Artikel 21 Absatz 1 nicht eindeutig entscheidet, ob und wie sie für rehabilitierte Wale gelten würde, die nicht mehr freigelassen werden können. Die belgischen Behörden werden daher aufgefordert, die Formulierung von Artikel 21 Absatz 1 zu überprüfen, um diesen Aspekt zu klären.

Die Kommission möchte die belgischen Behörden erneut auf den Artikel 3 Absatz 3 der Zoo-Richtlinie hinweisen, der die Mitgliedstaaten auffordert, *„sicherzustellen, dass alle Zoos die folgenden Erhaltungsmaßnahmen umsetzen: Sie halten ihre Tiere unter Bedingungen, mit denen den biologischen und den Erhaltungsbedürfnissen der jeweiligen Art Rechnung getragen werden soll, wozu unter anderem eine artgerechte*

⁵ Ebd, S. 2, Art. 4 Abs. 4.

Ausgestaltung der Gehege gehört, und sie sorgen mit einem gut durchdachten Programm der tiermedizinischen Vorbeugung und Behandlung sowie der Ernährung dafür, daß die Tierhaltung stets hohen Anforderungen genügt.“

Die Kommission weist darauf hin, dass es in der Verantwortung der belgischen Behörden liegt, die Einhaltung der oben genannten Bedingungen im einzigen belgischen Delfinarium zu überwachen, und wenn der derzeitige Betreiber diese Bestimmungen nicht einhält, liegt es auch in seiner Verantwortung, den Zoo oder einen Teil davon zu schließen⁶ und die Tiere zu verlagern, um sicherzustellen, dass sie „unter Bedingungen behandelt oder verfügt werden, die der Mitgliedstaat für angemessen hält, sowie im Einklang mit den Zielen und Bestimmungen der Zoo-Richtlinie“⁷.

Um rechtliche Klarheit zu gewährleisten, fordert die Kommission die belgischen Behörden auf, in Artikel 21 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs einige klarere Bestimmungen aufzunehmen, die die Einhaltung der oben genannten Bedingungen gewährleisten.

Die belgischen Behörden werden aufgefordert, diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.



Für die Kommission

Kerstin Jorna
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU

⁶ Ebd, S. 2, Art. 4 Abs. 5.

⁷ Ebd, S. 2, Art. 6.